

Niederschrift
über die 5. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 27.05.2021

Tagungsort: Im Kleinen Konferenzsaal 1. OG Stadthalle
Beginn: 16:30 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 16:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup
Herr Vincenzo Copertino
Frau Elke Grünewald
Frau Tanja Orłowski
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Birol Keskin
Herr Björn Klaus
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Gudrun Hennke
Frau Romy Mamerow
Herr Klaus Rees
Herr Thies Wiemer

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Partei

Frau Elena Asmuth

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

LiB

Herr Michael Gugat

Schiffführung

Kerstin Gast

Nicht anwesend:

Frau Brigitte Biermann
Herr Maximilian Kneller

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Rees eröffnet die Sitzung um 16.30 Uhr, begrüßt die Mitglieder zur Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Frau Elena Asmuth, stellvertretendes Mitglied im Finanz- und Personalausschuss seit 22.04.2021, wird als sachkundige Bürgerin vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Rees, gemäß folgender Formel verpflichtet (aufgrund der derzeitigen Hygiene- und Abstandsregeln der Covid-19-Pandemie wird auf den formellen Handschlag verzichtet):

„Ich verpflichte mich, dass ich als sachkundige Bürgerin meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die vorbereitete personalisierte Verpflichtungserklärung wird anschließend vom Ausschussvorsitzenden und der sachkundigen Bürgerin unterzeichnet und von der Schriftführung archiviert.

Herr Rees gibt folgende Informationen:

Zu TOP 1.1 ist die Antwort der Verwaltung auf die in der letzten FiPA-Sitzung dazu gestellte Frage am 26.05. ins System eingestellt worden.

TOP 2 wird abgesetzt, der Stadtentwicklungsausschuss hat am 18.05. zunächst in 1. Lesung beraten.

Unter TOP 3 muss es richtigerweise heißen 0730/2020-2025/1, die passende Vorlage war im System eingestellt.

Unter TOP 3.2 ist ein Antrag der FDP-Fraktion von heute neu eingefügt worden.

Der Finanz- und Personalausschuss ist mit der geänderten Tagesordnung einverstanden.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 WissensWerkStadt - Projektstand und Mehrkosten

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern: 1431/2020-2025, 1606/2020-2025

Top 1 und Top 1.1 werden gemeinsam beraten.

Herr Rees weist darauf hin, dass zu der in der Sitzung am 18.05.2021 gestellte Frage, ob ein Ausstieg aus dem fortgeschrittenen Projekt zum jetzigen Zeitpunkt noch möglich wäre, eine Antwort der Verwaltung vorliege, die ins System eingestellt wurde und heute zur Kenntnis genommen werde.

Herr Rees erteilt dem Antragsteller, Herrn vom Braucke, das Wort.

Herr vom Braucke stellt fest, dass aus seiner Sicht die Fragen noch nicht abschließend beantwortet seien und er daher den Änderungsantrag der FDP-Fraktion aufrechterhalte.

Herr Rees lässt zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, TOP 1.1, Drucksachennummer 1606/2020-2025, abstimmen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen die für die Wissenswerkstatt vorgesehenen Räumlichkeiten zur StartUp Nutzung umzugestalten und umzuwidmen, um den notwendigen Raum für Unternehmensgründungen in der Stadt zu schaffen.

Auch wenn von den (aktuell) 1,8 Mio. Euro Mehrkosten 90 % aus Steuermitteln des Landes kommen, so ist es jetzt Zeit aus dem Projekt auszusteigen. Es ist neben den Mehrkosten immer noch offen, wie in Zukunft das Konzept der Werkstatt für die 6 zu schaffenden Mehrstellen ab 2022 aussehen soll. Nach dem Wegfall der Räumlichkeiten an der Uni braucht die Stadt jedoch dringend neue Angebote für StartUps.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann lässt Herr Rees über die Beschlussvorlage, TOP 1, Drucksachennummer 1431/2020-2025, abstimmen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die weitere Entwicklung zur Errichtung der WissensWerkStadt.**
- 2. Für das Haushaltsjahr 2022 ist im Haushaltsplan 2022 ein Betrag von einmalig zusätzlichen 164.000 € für Mehrkosten des Umbaus vorzusehen.**
- 3. Für das Haushaltsjahr 2022 ist im Haushaltsplan 2022 ein Betrag von einmalig zusätzlichen 50.000 € für die Projektsteuerung vorzusehen.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.1 **Änderungsantrag zur Vorlage WissensWerkStadt (Drucks. Nr. 1431/2020-2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1606/2020-2025

TOP 1.1 wurde gemeinsam mit TOP 1 beraten.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mobilitätsstrategie: Umsetzungskonzept Radverkehr**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0697/2020-2025

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Prüfauftrag zur Umstellung der Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen auf eine reine Pauschalbesteuerung nach Quadratmetern Fläche**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern: 0730/2020-2025/1, 1594/2020-2025, 1672/2020-2025

Herr Rees informiert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Anträge vorliegen, die unter 3.1 und 3.2 eingestellt sind. Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam beraten.

Die Informationsvorlage TOP 3, Drucksachennummer 0730/2020-2025/1, wird zur Kenntnis genommen.

Herr Rees berichtet, dass Herr Gugat (LiB) dem Kreis der Antragsteller zu TOP 3.1 noch beigetreten sei.

Der Antrag zu TOP 3.1 habe bereits zur Sitzung am 18.05.2021 vorgelegen. Weiterer Begründungsbedarf hierzu bestehe nicht.

Er gibt Herrn vom Braucke die Gelegenheit, den Antrag von heute, TOP 3.2, zu begründen.

Herr vom Braucke führt aus, dass das Thema bereits mehrfach diskutiert worden sei. Aus seiner Sicht müsse die Startmöglichkeit für Clubs über die zwei Jahre hinaus ausgeweitet werden und er verweise auf das Vor-

gehen in Dortmund und Münster, die die Steuer über einen längeren Zeitraum ausgesetzt bzw. abgeschafft hätten. Das Verhältnis Ertrag zu Aufwand beurteile er als schlecht und schlage daher die Abschaffung der Steuer vor.

Herr Werner erläutert, dass der gemeinsame Antrag im Sinne einer „Kunst des Machbaren“ mit den Betroffenen mehrfach inhaltlich diskutiert worden sei und Konsens gefunden habe. Neben Bürokratieabbau gebe es für alle Beteiligten damit für die nächste Zeit Planungssicherheit.

Herr Prof. Dr. Öztürk schließt sich den Ausführungen von Herrn Werner an.

Herr Rees lässt zunächst über den weitergehenden Antrag, TOP 3.2, Drucksachennummer 1672/2020-2025, abstimmen.

Beschluss:

Die Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen wird abgeschafft.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann lässt Herr Rees über den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, Die LINKE und LiB, TOP 3.1, Drucksachennummer 1594/2020-2025, abstimmen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat folgende Umstellung der Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen zu beschließen:

- 1. Wegfall der Anerkennung von Zugaben bei der Steuerberechnung.**
- 2. Senkung des Steuersatzes der Kartensteuer für Tanzveranstaltungen auf acht Prozent.**
- 3. Aussetzung der Erhebung der Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen für einen Zeitraum von 24 Monaten nach Aufhebung der Corona-bedingten Einschränkungen und vollständiger Öffnung der Einrichtungen.**
- 4. Zum Ende des Aussetzungszeitraums legt die Verwaltung gemeinsam mit den Betreibern oder deren Vertretern dem FiPA eine Evaluation der gemachten Erfahrungen vor.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Antrag CDU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, Die LINKE zur Umstellung der Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1594/2020-2025

TOP 3.1 wurde gemeinsam mit TOP 3 beraten.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Antrag der FDP-Fraktion zur Abschaffung der Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1672/2020-2025

TOP 3.2 wurde gemeinsam mit TOP 3 beraten.

-.-.-

Zu Punkt 4 Bielefelder Start-up-Paket für innovative Gründungen aus Hochschulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1570/2020-2025

Herr Rees weist auf die im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beschlossene Ergänzung zur Förderrichtlinie zu Punkt 3 „Fördervoraussetzung und Zuschussempfänger“ hin:

„Die Inkubatorenprogramme der Hochschulen *und gemeinnützigen Institutionen, wie der Founders Foundation gGmbH*, zielen darauf ab, innovative und vielversprechende Gründungsvorhaben zur Marktreife zu begleiten. Mit Ablauf der Programme und Gründung des Unternehmens müssen die Unternehmen die Hochschule *und die Initiativen* verlassen.“

Beschluss:

Unter Berücksichtigung dieser Änderung empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1. Die bestehenden Aktivitäten der Stadt Bielefeld zur Förderung wissensintensiver Ausgründungen aus den Hochschulen werden zum 01.01.2022 um das Bielefelder Start-up-Paket**

erweitert. Für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren bekommen Gründerinnen und Gründer einen Zuschuss zur Anmietung gewerblicher Flächen (Büro, Lager, Produktion). Bei Laborflächen beträgt der Förderzeitraum bis zu 6 Jahre. Das Antrags- und Entscheidungsverfahren, die Förderbedingungen und -inhalte sowie weitere Einzelheiten ergeben sich aus der anliegenden „Förderrichtlinie“, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.

2. Das sich aus der Begründung ergebende Konzept wird begrüßt. Die WEGE mbH wird um entsprechende Beteiligung gebeten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Haushaltsplan 2022 ein Budget von 250.000 € und für die Jahre danach 500.000 €/a einzuplanen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich über den Sachstand zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Herr Rees schließt die Sitzung um 16.40 Uhr.

Bielefeld, 01.06.2021

**Klaus Rees
(Vorsitz)**

**Kerstin Gast
(Schriftführung)**